

BUND Krefeld • Prinz-Ferdinand-Str.122 • 47798 Krefeld

An  
den Oberbürgermeister der Stadt Krefeld  
die Parteien im Krefelder Stadtrat  
die Presse

**Kreisgruppe Krefeld**

Angelika Horster

Fon: 02151-475686

angelika.horster@bund.net

[www.bund-krefeld.de](http://www.bund-krefeld.de)

Krefeld, 09.06.2021

*Pressemitteilung der BUND Kreisgruppe Krefeld zu den aktuellen Planungen und Sitzungen  
verschiedener Gremien*

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um Kenntnisnahme folgender Pressemitteilung.

Über sachbezogene Rückmeldungen freuen wir uns.

Mit vielem Dank und freundlichen Grüßen

*i.A. A. Horster*

Pressemitteilung der BUND Kreisgruppe Krefeld zu den aktuellen Planungen und Sitzungen verschiedener Gremien

Bund für Umwelt  
und Naturschutz  
in Rheinland e.V.

## **Der Naturschutz in Krefeld wird ausgebremst, der Flächenfraß vorangetrieben und die Risiken für die Gewässer werden ignoriert**

Anlässlich der zahlreichen Vorhaben, die im Planungsausschuss und nicht im Umweltausschuss und im Naturschutzbeirat besprochen werden sollen, stellt sich die Frage, was Geistes Kind Politik und Verwaltung in Krefeld sind. Dass die nächste Sitzung des Naturschutzbeirats diesmal wegen der geplanten Abwesenheit von zwei Behördenvertretern abgesagt wird, obwohl es eine Pflicht zur Durchführung der Sitzungen gibt und die Vorhaben eindeutig naturschutzrelevant sind, ist schlicht empörend.

Die anstehenden Bebauungspläne (v.a. Gewerbegebiet südlich des Elfrather Sees/ 21 ha, Kraehenhof als Teil vom Wiesenhof/1,1 von insgesamt 13 ha und interkommunales Gewerbegebiet / 51ha) versiegeln mehr als 80 ha versickerungsfähige Fläche neu und reduzieren damit die ohnehin schon rückläufige Grundwasserneubildung sowie die Verdunstungs- und Lüftungsfläche im Stadtgebiet.

Stellt sich die Frage, welche Gründe die Stadt und Politik in Krefeld treiben, die wenigen noch verbleibenden, insbesondere naturnahen Flächen (wie z.B. Wiesenhof) zu versiegeln.

Daten, die diesem Ansinnen Einhalt gebieten, müsste die Stadt Krefeld anhand gesetzlicher Vorgaben und der Berichtspflichten an das Land eigentlich genug haben. So ist sie im Rahmen der Aufstellung des 3. Bewirtschaftungsplanes für 2022-2027 nach Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) gefordert, den aktuellen Sachstand zur Umsetzung der Maßnahmen aus dem 2. Bewirtschaftungsplan zu erheben und anhand des immer noch schlechten Zustandes der Gewässer in Krefeld verpflichtet, weitere Maßnahmen zur Verbesserung von Qualität und Quantität durchzuführen.

Die schlechte Qualität und Quantität hängen u.a. mit zahlreichen Grundwasserentnahmen und Pumpvorgängen sowie mit den zahlreichen Altlasten auf Krefelder Gebiet zusammen. Hinzu kamen allein für die Landwirtschaft v.a. in Trockenzeiten in den letzten 3 Jahren weitere 35 Entnahmegenehmigungen.

Krefelds Untergrund ist porös, viele Baugebiete v.a. im Norden Krefelds wurden in Sumpf- und Moorlandschaft gesetzt, die teilweise noch heute abgepumpt werden müssen. Anstatt die Planungsfinger von solchen Feuchtgebieten zu lassen, will man weitere Umweltbelastungen sowie absehbare Sanierungs- und Entschädigungsfälle schaffen.

Ignoriert wird auch weiterhin die Entnahmetätigkeit der Industrie. Diese entnimmt nicht nur Grundwasser in Höhe von über 16 Mio. m<sup>3</sup>/Jahr, sondern auch Oberflächenwasser aus dem Rhein (200 Mio.m<sup>3</sup>/a allein durch den Chempark).

Woher der Chempark das Wasser für die teilweise in Verruf geratenen Produkte und Produktionen nehmen will, wenn der Braunkohletagebau 2038 eingestellt wird und die großen Löcher mit Rheinwasser gefüllt werden sollen, wird weder im Bewirtschaftungsplan noch in den Antragsunterlagen der Currenta thematisiert. Doch der Antrag auf erneute Genehmigung der Rheinwasserentnahme ist für weitere 30 Jahre gestellt. Wird auch hier schon auf Entschädigung spekuliert?

*S.2 Pressemitteilung der BUND Kreisgruppe Krefeld zu den aktuellen Planungen und Sitzungen verschiedener Gremien*

Wer berücksichtigt und reduziert hier Energie- und Ressourcenaufwand sowie die Klimafolgen, die durch die zahlreichen Wasserentnahmen, Pumpvorgänge und Versiegelungen auftreten?

Welche Maßnahmen ergreift die Stadt, wenn das Grundwasser infolge der nachlassenden Pumpvorgänge im Bergbau (nördlich wie südlich von Krefeld) und des Klimawandels / Meeresspiegelanstiegs die zahlreichen Altlasten durchfließt und die Trinkwasserqualität massiv beeinträchtigt?

Oder soll dies auch verschwiegen werden wie die Empfehlung des LANUV, den Anwohnern des Gebietes um den Sportplatz Randstraße bis zur Feststellung der tatsächlichen Gefährdungssituation vorsorglich Nutzungseinschränkungen ihrer Brunnen zu empfehlen oder Anbau- und Verzehrsempfehlungen auszusprechen.

Der BUND will es genauer wissen und hat deswegen Anfragen zu Daten, die von Seiten der Behörde pflichtmäßig erhoben werden müssen, gestellt. Versäumnisse bei der Erhebung auf Personalmangel, Corona, Urlaub oder Sonstiges zu schieben, überzeugt nicht mehr. Zu oft schon wurden diese Entschuldigungen gehört. Dass im Planungsamt zusätzliches Personal eingestellt wurde und im Umweltamt fast nur noch in Ruhestand gegangen wird, kommt einer Verletzung der kommunalen Aufsichtspflicht gleich.

Anstatt zahlreiche Konzepte im Umweltausschuss zu fordern, sollte hier nach dem Sachstand der zahlreichen, durchzuführenden Pflichtaufgaben der zuständigen Behörden gefragt werden. Die Ergebnisse wären dann auch in der Planung zu berücksichtigen – bevor man sich hier auf weitere Versäumnisse wie am Risler- und Schroersdyk einlässt oder großzügig und beschleunigt Genehmigungen verteilt.